

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergipaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 125.

Dienstag, den 1. Juni 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Sozialdemokratie und die bevorstehenden Ergänzungswahlen zur Lübekischen Bürgerschaft.

I.

A. K. Die sozialdemokratische Partei Lübecks hat beschlossen, sich auch in diesem Jahre an den Ergänzungswahlen zur Bürgerschaft zu beteiligen. Ohne sich irgend welchen Illusionen hinzugeben, ohne die Macht der Gegner und die in der Verfassung unseres Bundesstaates begründeten Schwierigkeiten zu verkennen, welche sich vor ihr aufthürmen, tritt sie mit gewohnter Ruhe und wohlgerüstet in den Kampf ein. Wohlgerüstet, — als sozialdemokratische Partei! Von bürgerlichen Kreisen wird es ja vielfach verpönt, und der freisinnigen Partei ist es vor nicht allzulanger Zeit sehr übel vermerkt worden, daß sie den Versuch machte, die Bürgerschaftswahlen vom parteipolitischen Standpunkte zu behandeln. Das rührt uns nicht! Von den Freisinnigen war es allerdings sehr vermessend gehandelt. Eine auf dem Aussterbeetat stehende, an galoppirender Schwindsucht laborierende Partei fährt allemal schlecht, wenn sie in naiver Selbstüberschätzung den „Bahnbrecher“ zu markiren sucht. An anderen Orten hat denn ja auch diese „Volks“partei der Tapferkeit besseren Theil erwählt und sich mit dem übrigen reaktionären Mistmasch verbrüderet, um den ehrlichen Vertretern freiheitlicher Ideen das Wasser abzugraben; und auch in Lübeck werden in absehbarer Zeit im bürgerlichen Lager die Parteischattierungen verwischt werden, und die Parole wird lauten: Die Ordnungspartei — die Sozialdemokratie! Bei den Bürgerschaftswahlen können sich ja noch gewisse „freisinnige“ Eigenbrötler den Lugus „selbstständigen“ Vorgehens gestatten, — dank dem Achtundzwanzigmarbürgersystem — doch wer nimmt diese schwankenden Gestalten, diese Phrasenmacher und Faselhänse, diese bunt zusammengewürfelten Querköpfe ernst? Weber die im Vaterstädtischen Verein festorganisirte Sippe derer, die das Heft in Händen haben, noch die Sozialdemokratie, die alle Halbheiten verachtet und dem Achtung gebietenden, hinter Vorzeichen verhängten Gegner energisch zu Leibe geht. Die Sozialdemokratie stellt sich bei den Bürgerschaftswahlen als Partei auf den Plan unter entschiedener Wahrung ihres prinzipiellen Standpunktes, und sie kann es, weil sie im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien einen festen prinzipiellen Standpunkt einnimmt.

Das Programm, mit welchem sie vor die Wähler tritt, enthält, auf die hiesigen Verhältnisse zugeschnitten, die Forderungen, welche aller Orten die Sozialdemokratie an die herrschenden Klassen stellt; und dieser Umstand wird über kurz oder lang die gegnerischen Parteien zwingen, Farbe zu bekennen und mit unzweideutigen Kundgebungen vorzurücken, anstatt, wie jetzt landesüblich, unter kleinlicher Betonung von Kirchthurm- und Laternenpfahlinteressen Stimmenfang zu betreiben. Schon jetzt ist man sich in jenen Regionen durchaus nicht unklar darüber, daß auch in puncto Bürgerschaftswahlen die Sozialdemokratie sich langsam aber sicher zu einem Machtfaktor auswächst, mit dem gerechnet werden muß, und wenn man auch einstweilen uns noch als quantitativ nebensächlich, als unbedeutende Minderheit betrachtet, auf die Dauer wird man mit diesem Idyll nicht rechnen dürfen.

Das Programm der Sozialdemokratie für die bevorstehenden Wahlen lautet wie folgt:

Unentgeltliche Verleihung des Bürgerrechts an alle über 21 Jahre alten Lübekischen Staatsangehörigen, ohne irgend welche Einschränkungen.

Einführung des Proportional-Wahlsystems und Zusammenlegung aller jetzigen Wahlbezirke zu einem einzigen, das ganze Staatsgebiet der Freien und Hanse-Stadt Lübeck umfassenden Wahlkreis.

Vornahme der Wahl an einem gesetzlichen Ruhetage. Angemessene Entschädigung der Bürgergeschäftsmitglieder.

Wahl der Senatoren durch die Bürger.

Steuerfreiheit aller jährlichen Einkommen bis zu 1000 M. und progressive Besteuerung der Einkommen über 1000 M.

Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen.

Schaffung von Schulbädern und sonstigen hygienischen Einrichtungen.

Errichtung von unentgeltlichen öffentlichen Bädern für alle Jahreszeiten.

Ab Abschaffung des Submissionswesens bei Vergabung von Staatsarbeiten, Ausführung der Staatsarbeiten durch den Staat unter Leitung fachtechnischer Personen. Festsetzung eines Maximal-Arbeitstages und Minimal-Arbeitslohnes für die bei Staatsarbeiten beschäftigten Arbeiter nach freier Vereinbarung mit den betreffenden Gewerkschaften.

Einführung einer unentgeltlichen Leichenschau und unentgeltliche Leichenbestattung.

Anstellung eines festbesoldeten, keinerlei Nebenamt versehenen Fabrikinspektors.

Jährliche Aufnahme einer Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter durch das Gewerbegericht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Lex Recke in zweiter Lesung. Ein seltsamer Anblick am Freitag! Im preussischen Abgeordnetenhaus sämtliche Plätze besetzt, von den breiten Rücken auf der Ministerbank abgesehen. Fürst Hohenlohe fehlte, die Schönstedt und von der Recke repräsentierten das preussische Staatsministerium, der eigentliche Vertreter der Vorlage vom Regierungstische war der jugendliche Geheimrath v. Philippborn. Einig in der Ablehnung der lex Recke und aller Abänderungsvorschläge waren das Centrum, die Polen und die freisinnigen Gruppen. Jede der konservativen Parteien hatte zu dem Entwurf der Regierung besondere Verbesserungsvorschläge eingebracht, die von ihnen mit Zähigkeit, aber ohne Eilan vertreten wurden. Die kleinen Kniffe parlamentarischer Taktik wurden von dieser Seite immer wieder von neuem versucht, um die Entscheidung zu vertagen, um so durch die erhoffte Verminderung der Linken und des Centrum die Knebelung des Vereinsrechtes durchzuführen. Dieser Versuch mißglückte. Die gesammte Linke und das Centrum standen fest zusammen, um die zweite Lesung der Vorlage zu erledigen. Aber freilich auch nur darin war die volle Einigkeit zu erzielen.

Den Nationalliberalen gebührt die Schuld, daß die lex Recke nicht vollständig begraben werden konnte. Hätte diese Partei, die in ihrer Presse, in ihren Versammlungen und in der Rede ihres Vertreters Dr. Krause in der ersten Lesung nicht genug scharfe Worte gegen das Werk des Ministers des Innern und gegen die ihm untergeordneten Organe finden konnte, gehandelt wie sie in den letzten Wochen gesprochen hat, so wäre von der lex Recke nicht mehr ein Häutchen über dem i übrig. So aber lehnten die Nationalliberalen wohl die Hauptbestimmungen des Gesetzentwurfes ab, sie ließen aber, wenn auch in etwas abgeänderter Fassung, die noch immer sehr gefährliche Bestimmung in das Gesetz hineinkommen, daß Minderjährige an politischen Vereinen und Versammlungen nicht teilnehmen dürfen. Und damit haben die Nationalliberalen es glücklich erreicht, daß das Abgeordnetenhaus mindestens noch zweimal in dieser Session Stellung nehmen muß zu der Reform des Vereinsrechtes, und zwar nicht bloß zu dem, was heute noch von der lex Recke übrig geblieben, sondern auch zu den Abänderungsanträgen der Limburg-Stirum, Bedlig und wie alle die tapferen Mannesgeelen heißen.

Und drei Wochen sind eine lange, lange Zeit für die Tapferen, die der Fahne der Müller, Bueck, Ehnern und Sattler folgen! Wie gewaltig stach schon der Ton der Schmieding und Sattler ab von der Rede des Abg. Krause bei der ersten Lesung der Vereinsgesetz-Novelle! Und wenn drei Wochen wieder ins Land gegangen sein werden, hat die Partei vielleicht schon ganz dem alten Rufe der Partei Drehscheibe nachgelebt und zur reaktionären Mehrheit die erforderlichen Hülfsgruppen abkommandirt. Herr v. Ehnern, einer der Käufer im Streite gegen die Sozialdemokratie, fehlte und der würdige Herr v. Bueck, der Generalsekretär des Verbandes deutscher Industrieller, hat seine Gedankenverbindung mit seinem alten Freunde Herrn von Tausch wieder an den Tag gelegt, indem er vorerst als einziger seiner Partei für das preussische Sozialistengesetz Bedlig'scher Prägung stimmte. An den Reden der Nationalliberalen konnte man erkennen, wie sehr sie die Haltung ihres Partei-

gängers Bueck begriffen, wie sehr ihnen noch die Erinnerung an ihre „Verdienste“ um das Zustandekommen und die Verlängerung des Sozialistengesetzes in allen Gliedern steck. Die Lehre des Abgeordneten Krause von der Wirkungslosigkeit polizeilicher und anderer Gewaltmaßregeln gegen große geistige Strömungen ist noch nicht zum anerkannten Grundfay der nationalliberalen Partei geworden. Andererseits war es der fast Mitleid erweckenden Vertheidigung seines Kindes durch den Minister des Innern nicht gegeben, Schwankende umzustimmen.

Was Herr v. d. Recke als Material beibrachte, um die Nothwendigkeit so tiefeingreifender Hemmungen des Vereins- und Versammlungslebens zu erweisen, war mehr als kläglich. Zum Theil waren die Beispiele schon mehrere Jahre alt und dabei fast harmlos, zum Theil bezogen sie sich auf vereinzelte Aeußerungen der in Deutschland nur in sehr wenigen Exemplaren vorkommenden Anarchisten, die übrigens von einem so gewiegten Fachmanne wie dem v. Tausch nicht als echte Anarchisten anerkannt werden, endlich waren nicht alle Beispiele richtig, so nicht die Behauptung, daß der Londoner internationale Kongreß eine Resolution angenommen habe, wonach Wissen widerbergestellt werden soll. Es existiren unseres Wissens vier gedruckte von verschiedenen Seiten hergestellte Kongreßprotokolle und zahlreiche Zeitungsberichte über den letzten internationalen Kongreß; in keinem kommt diese falsche Angabe vor, die Herrn v. d. Recke für die Begründung seiner Vereinsgehnovelle vor dem preussischen Abgeordnetenhaus aber gerade gut genug ist!

Mit bloß 13 Stimmen Mehrheit, bei Abwesenheit von 32 Abgeordneten, wurden die hauptsächlichsten Erweiterungen der Polizeimacht über das Vereinswesen abgelehnt. Viel zu klein ist diese Mehrheit, um zu der Gewißheit zu berechtigen, daß dieses Abgeordnetenhaus den Entwurf überhaupt nicht zum Gesetz werde auswaschen lassen.

Bis jetzt hat die Reaktion einen Erfolg zu verzeichnen, das Verbot der Theilnahme von Frauen und Minderjährigen an Vereinen und Versammlungen, die die Polizei für politische hält. Was das für unsere Gewerkschaften bedeutet, ist ja für Jedermann ganz klar, der die Praxis im Königreich Bayern kennt und für die Reden des Geheimraths Philippborn das nöthige Verständnis hatte.

Heute soll die dritte Lesung des Gesetzentwurfes stattfinden und dann kommt noch nach drei Wochen die bei Verfassungsänderungen erforderliche Wiederholung der Abstimmung.

Wir sehen ruhiger als irgend eine andere Partei der weiteren Arbeit am Vereinsgesetz zu, ist doch das wahrste Wort, das in der zweiten Lesung gefallen ist, das des Abg. Porsch von der Centrumspartei:

„Das Sozialistengesetz war viel schärfer, und hat trotzdem nichts ausgerichtet, ja vielfach die sozialdemokratische Bewegung intensiver gemacht.“

Zur Gewaltpolitik fordert die konservative „Bommer'sche Reichspost“ aus. Das konservative Blatt bezeichnet die Aeußerung des Abg. Richter, daß die deutsche Kaiserkrone nicht älter sei als der deutsche Reichstag, als „eine Auflehnung gegen die bestehende Staatsordnung, einen parlamentarischen Gewaltakt, die Predigt eines Staatsstreiches, einer Revolution.“ Da könne man nicht mehr warten; der gordische Knoten dieses Unwesens könne nur durchschlagen werden. „Es giebt kein anderes Mittel und hat nie ein anderes gegeben. Wenn das Parlament die Monarchie vergewaltigt, so soll und muß sich die Monarchie wehren! Einen Blick an die Spitze und dann vorwärts den Finger drauf!“

Ueber die Vertagung des Reichstages schreibt die „Volks-Zeitung“. Der Reichstag ist, wie bekannt, wider alles Erwarten abermals vertagt. Seine Geschäftslage erforderte das nicht. Das Wenige, was noch zu erledigen war, hätte sich bis zur Mitte der kommenden Woche mit Leichtigkeit erledigen lassen. Die dritte Lesung der Nachtragsetats, der Servisnovelle und der Handwerker-Vorlage hätte ihn vielleicht nicht einmal so lange aufgehalten. Aber wenn die Session einmal geschlossen ist, dann hängt es nicht von ihm ab, wann er wieder zusammentritt.

Alsdann kann ohne ihn alles und noch einiges andere geschehen, ohne daß er auch nur den geringsten Einfluß darauf hätte. Freilich sind Ministerwechsel und System-

wechsel ohnehin seiner unmittelbaren Einwirkung vollständig entrückt. — Ann nur mittelbar durch seine gesammte Haltung wie durch die Verweigerung bestimmter Forderungen Einfluß darauf üben. Diesen mittelbaren Einfluß aber hat er sich unter allen Umständen nach Möglichkeit zu erhalten. In welchen Zeitkäufen wir leben, weiß Jedermann.

Wenn daher noch der „Nat.-Ztg.“ der wirklich Grund zur Herbeiführung einer derartigen Vertagung für die ausschlaggebende Partei, das Zentrum, ein hochpolitischer gewesen ist, wenn nach ihr Herr Dr. Lieber als „Mitregent“ — wie er wegen seines gewichtigen Auftretens allgemein ironisch bezeichnet wird — möglichst lange in der Lage sein will, zu etwaigen unvorhergesehenen Ereignissen vom Reichstag aus Stellung zu nehmen, so ist der Spott über die Wichtigthuerei des Dr. Lieber objektiv nicht berechtigt. Gerade die „Nat.-Ztg.“ hat die unserer inneren Entwicklung drohenden Gefahren aus Anlaß des Vereinsgesetzes mit einer anerkennenswerthen Mithaltlosigkeit gekennzeichnet. Es mag ihr schmerzlich sein, daß die eigenen Leute im Reichstage nicht mehr viel zu sagen haben und daß andere, noch dazu das Zentrum, die Konsequenzen aus dieser Lage ziehen; aber materiell läßt sich nicht das Geringste dagegen einwenden, und wir erkennen ausdrücklich an, daß der Reichstag, indem er die Vertagung beschloß, indem er sich das Opfer auferlegte, im Hochsommer sich nochmals in Berlin zu versammeln, durchaus sachgemäß gehandelt hat.

Er hat kluger Weise auch das Best nicht aus den Händen gegeben, denn er hat die Finanzvorlagen, die Nachtragsetats, darunter die erste Forderung für die Neubewaffung der Artillerie, und die Servisvorlage, in dritter Lesung nicht erledigt. Die Nationalliberalen hätten in ähnlichen Fällen vermutlich anders, d. h. weniger klug gehandelt.

Mißtrauen ist allezeit eine Tugend im politischen Kampf, im Augenblick ist sie eine hervorragende Tugend. Wenn der „blamirte Europäer“ das eingesehen hat und fortan danach mit seiner Partei verfahren will, so nehmen wir das bischen Wichtigthuerei gern mit in den Kauf, zumal die Gegenseite es auch nicht daran fehlen läßt.

Eine veränderte Taktik der Sozialdemokratie folgern gegnerische Zeitungen aus dem Aufruf bezüglich des preussischen Vereins-Knebelgesetzes. Zum ersten Mal sei die Partei für ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien. Das ist ein Irrthum. Schon im kommunistischen Manifest, das im Anfang Februar 1848 erschien, wird die Unterstützung der bürgerlichen Parteien, wenn diese für demokratische Forderungen eintreten, zur Pflicht gemacht. Und bei Stichwahlen zum Reichstag hat unsere Partei allezeit in solchen Wahlkreisen, wo sich Kandidaten gegenüber standen, von denen einer irgend eine wichtige Parteiforderung vertrat, dem letzteren ihre Stimme gegeben.

Außer Vernunft! „Ein Vernunftschädigt die Landwirtschaft mehr als 50 Bebel.“ Also sprach der Renommierbauer der Konservativen im Reichstage, Abg. Lutz, am Sonntag in einer öffentlichen Versammlung des Bundes der Landwirthe in Halle.

Einen antimilitärischen Feiertags-Sermon hat sich die „Kreuzzeitung“ zu Himmelfahrt geleistet. Nach einigen albernem Bemerkungen über dieses Fest heißt es:

„Mögen die inneren Zustände eines Volkes noch so zerrissen und traurig sein; so lange die Obrigkeit besteht, so lange ist den Mächten des Umsturzes, noch ein Damm entgegengesetzt, so lange bildet sie, wie der Apostel es im 2. Briefe an die Thessalonicher, Kap. 2, V. 6. ausdrückt, eine aufhaltende Macht. Wird aber die Obrigkeit selbst schwach, vergift sie ihrer gottgesetzten Pflicht, ist sie sich nicht mehr dessen bewußt, daß sie von Gott verordnet ist, sondern läßt sie sich von jedem Winde hin- und her treiben und durch Geschrei der Massen einschüchtern, dann triumphirt der Umsturz, dann hat die Revolution im Prinzipie gesiegt, mag auch die äußere Form noch etwas Anderes zeigen.“

„In solche Zeiten der Krisis haben die Christen die Pflicht, die Obrigkeit zu stärken, und dazu haben sie vor Allem ein Mittel; die Fürbitte; denn die rechte Kraft und Stärkung kommt allein von oben.“

Von welchem Winde läßt sich die Regierung wohl mehr hin- und her treiben als von dem, der aus den Junkerregionen weht? Das Geschrei der Agrarier klingt wahrlich nicht wie eine Fürbitte zum Himmel. Die „Kreuzzeitung“ möge doch mal eine Fürbitte formuliren, von der sie „Kraft und Stärkung“ von oben erhofft. Dem Charakter und der Tendenz der Junkerpartei entsprechend kann der „rechte Christ“ vom Himmel nichts Besseres erleben, als daß er die Obrigkeit erleuchte und stärke zum Kampfe gegen Alles, was nicht den Bestrebungen dieser Partei entspricht.

Zur Militärstrafprozessreform wird der Münchener Allgemeinen Zeitung wieder einmal geschrieben, es sei bis jetzt die Voraussetzung nicht eingetroffen, unter der der Bundesrath die abschließende Berathung des Entwurfs vornehmen konnte. „Der Kaiser hat sich noch nicht schlüssig darüber gemacht, welche Stellung er zu dem bayerischen Anspruch auf einen eigenen obersten Militärgerichtshof einnehmen will. Ob in diesem Stand der Dinge, der schon seit einer Reihe von Wochen derselbe geblieben ist (abgesehen von der Frage des obersten Gerichtshofes ist schon seit längerer Zeit eine Verständigung zwischen den verschiedenen Regierungen erzielt), schon bald eine Aenderung eintreten wird, ist schwer zu sagen. Manche sind der Meinung, die Entschliebung des obersten Kriegsherrn könne ebenso plöcklich erfolgen, wie sie

lange vergeblich erwartet worden sei; andere wieder wollen es nicht als unwahrscheinlich ansehen, daß der Sommer vorbeigehen und die Herbstmanöver herbeikommen dürften, ehe die Angelegenheit in ein neues Stadium treten werde.“

Für die nächsten Wahlen hat der Bund der Landwirthe zwölf Punkte aufgestellt, von deren Anerkennung er die Unterstützung von Reichstagskandidaten abhängig machen will. Unter anderen abgedroschenen Forderungen wird verlangt, daß „in längeren Perioden, aber stetig aufwärts steigende Getreidepreise zu erstreben seien.“ — Also eine systematische Vertreibung des Brotes zur Erhaltung der „standesgemäßen“ Lebenshaltung der Herren Agrarier, bemerkt richtig die „Volkstz.“ Wir können dazu nur sagen: Deutsches Volk, wehr' dich!

Das „Puttkameru“ eine treffende Bezeichnung für die Provinz Pommern ist, zeigt ein Blick in das „Pommersche Güteradreßbuch.“ Laut Register finden sich in Pommern: 41 v. Puttkamer, 37 Holz, 33 Schulz und Schulz, 29 von Bittow, 29 von der Osten, 29 Graf von Behr, 27 von Vontin, 27 von Flemming, 26 Schmidt, 23 Krüger, 22 von Vorkde, 21 Müller, 20 von Abler. — Die Zahl der Puttkamer ist also größer als die sonst in deutschen Ländern am häufigsten verbreiteten Namen Müller, Schulze und Schmidt.

Die abwesenden Künstler. Während die literale und konservative Presse darüber zeterzt, daß angeblich der Eine oder Andere von der linken Seite, welcher in Berlin oder im Reichstagsgebäude anwesend gewesen sei, als sich bei den namentlichen Abstimmungen über die Handwerker-vorklage die Beschlussunfähigkeit heraustriefte, begehrt die „Köln. Volkstz.“ die Unklugheit, eine Liste zu veröffentlichen, aus der sich ergiebt, daß bei diesen namentlichen Abstimmungen nicht weniger als 78 erklärte Künstler durch Abwesenheit gegläntzt haben, nämlich 27 aus der Zentrums-partei, 30 konservative, 14 freikonservative und 7 Antisemiten. Angesichts dessen hat man noch die Stirn, von der Gutmütigkeit der linken Seite zu verlangen, daß sie bei dem Zustandekommen eines solchen, für das deutsche Handwerk schädlichen Gesetzes sich mit der bloßen Martirierung einer gegnerischen Mehrheit begnügen und auf die in der Geschäftsordnung gegebenen Mittel verzichten sollte.

Der Antrag über die Eidesleistung, welcher im Reichstag vom Abg. v. Salisch und Genossen eingebracht wurde, ist von den Antragstellern in einigen Punkten geändert worden. Der zu drei Paragraphen erweiterte Artikel III des Antrages lautet jetzt: § 1. Wer vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörde als Zeuge oder Sachverständiger vernommen wird und als solcher wesentlich falsch aussagt, obwohl er von der Behörde auf die Strafbarkeit wesentlich falscher Aussagen hingewiesen worden ist, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe erkannt werden. § 2. Hat ein Zeuge oder Sachverständiger eine nach § 1 strafbare Aussage gemacht, so ist die an sich verwirkte Strafe auf die Hälfte bis ein Viertel zu ermäßigen, wenn 1. die Angabe der Wahrheit gegen ihn selbst eine Verfolgung wegen eines Verbrechens oder Vergehens nach sich ziehen konnte, oder 2. der Aus-sagende die falsche Aussage zu Gunsten einer Person, rüchtsichtlich welcher er die Aussage ablehnen durfte, erstattet hat, ohne über sein Recht, die Aussage ablehnen zu dürfen, belehrt worden zu sein. § 3. Nimmt der Zeuge oder Sachverständige die nach § 1 strafbare Aussage zurück, bevor noch ein Wahrpruch oder Endurtheil darauf ergangen ist, so bleibt er straflos.

Aus Oberschlesien. Der „Sächs. Arb.-Ztg.“ wird geschrieben: Potemkinsche Dörfer führen die feudalen ober-schlesischen Industriellen in diesen Tagen fürstlichen Besuchern vor. Der Erbprinz von Meiningen, kommandirender General des 6. Armeekorps in Breslau, nebst Gemahlin und anderen sehr hohen Herrschaften besucht einige hohe adelige Familien Oberschlesiens. Mit diesem Besuch wird eine Besichtigung einiger großer Gruben und Hüttenwerke verbunden, die aber nicht eine wirkliche volkswirtschaftliche Exkursion ist. Die ganze Besichtigung füllt mehr einen Theil eines Vergnügungsprogramms aus, als daß sie einen kleinen Einblick in die wirklichen Verhältnisse der ober-schlesischen Industrie und ihrer Arbeiter ermöglicht. Die hiesigen Blätter und Blättchen unterhalten schon seit Wochen ihr Publikum mit den Schilderungen der vorbereiteten Herrlichkeiten.

Nachdem bereits einige hiesige Organe die Rührigkeit der ober-schlesischen Sozialdemokraten erwähnt haben, spricht nun auch die „Köln. Volkstz.“ in einer Zuschrift aus Breslau von deren Thätigkeit, besonders von der Vermehrung der Sozialdemokratie im Industriebezirke. Wie würden die bürgerlichen Parteien erst staunen, wenn die ober-schlesische Sozialdemokratie in ihrer Thätigkeit nicht durch die allmächtige Polizei gehemmt würde! Der hiesige Boden ist für die Aufnahme des Sozialismus überaus günstig, zum Theil in Folge der Unterlassungsfünden des Zentrums. Die Eroberung der Wahlkreise Tarnowitz-Beuthen und Rattowitz-Jabrze wäre nicht schwierig, wenn uns nur nicht das Vereins- und Versammlungsrecht nicht bloß arg beschnitten, sondern einfach genommen würde, und wenn uns eine anständige Handhabung des Wahlgesetzes garantiert würde.

Zur Wahl in Königsberg. Hier sprach am Himmelfahrtstage Genosse Singer in einer Versammlung unter freiem Himmel, die von über zehntausend Personen besucht war, über die am 10. Juni stattfindende Reichstagswahl. Die Versammlung, deren Zustandekommen noch im letzten Augenblick durch die Zurückziehung der

Genehmigung zweifelhaft geworden war, fand, nachdem der Regierungspräsident den Landrath zur Aufhebung des Verbots angewiesen hatte, in dem dicht bei der Stadt gelegenen Walde unseres alten Parteigenossen Gutsbesizers Herbig statt und verlief prächtig. Die Stimmung der Theilnehmer war so begeistert, vortrefflich, daß der während der Versammlung auf kurze Zeit niedergehende Regen der Begeisterung nicht den geringsten Abbruch zu thun vermochte. Genosse Singer gedachte im Eingang seiner Rede in warmen Worten des verstorbenen Abgeordneten des Kreises, und entrollte dann in großen Zügen vielfach von brausendem Zustimmungsjubel unterbrochen, die Aufgaben der Sozialdemokratie. Unter einem lange anhaltenden Beifallsturm schloß er seinen Vortrag mit der Aufforderung, am 10. Juni auf dem Posten zu sein und sich den Wahlkreis nicht entreißen zu lassen. Hierauf nahm Genosse Hase, mit lebhaftem Beifall empfangen, das Wort, um in packenden Ausführungen das Verhalten der gegnerischen Parteien — namentlich des Königsberger Freisinn's klarzulegen. Nachdem er seinen Darlegungen folgende Beifallsturm verklungen war, wurde von der mächtigen Versammlung einstimmig beschlossen, alles anzubieten, um den Wahlsieg an die Fahne der Sozialdemokratie zu heften. In einer zweiten Resolution, die in kurzen kräftigen Worten von Singer begründet wurde, protestirte die Versammlung ebenfalls einstimmig gegen die dem Landtag vorliegende reaktionäre Vereinsgesetz-Novelle. Einige von dem Arbeiter-Gesangverein vorzüglich vorgelegene Kampflieder beschlossen die imposante und denkwürdige Versammlung, in welcher seit langer Zeit wieder einmal die Massenbewußtheit der Arbeiter Königsbergs durch ihre massenhafte Anwesenheit den Gegnern das unaussprechliche Wachsthum der Sozialdemokratie ad oculus demonstrirt haben. Das donnernde, weit über die Felder schallende Hoch auf die Sozialdemokratie wird der Bourgeoisie nicht unangenehm in die Ohren geklungen haben, für die anwesenden Arbeiter war es der Schwur, allezeit ihre volle Schuldbigkeit zu thun. Interessant ist die schriftliche Begründung der Aufhebung des Verbots der Versammlung: „In Erwägung, daß die Volksmasse doch nicht mehr von dem Auge nach dem Walde zurückzuhalten sein wird.“ — Ja wohl, die Massen sind nicht mehr zurückzuhalten — das sagen wir auch!!

Die sozialdemokratische Fraktion im hessischen Landtag hat den Antrag gestellt, die Ständekammer möge die Regierung ersuchen, durch ihren Vertreter im Bundesrath für das vom Reichstage angenommene „Nothvereinsgesetz“ zu wirken.

Dänemark.

Die Regierung giebt nach. Im Folkething brachte der Finanzminister am Mittwoch die neue Budgetvorlage ein, die die umstrittenen Forderungen nicht enthält. Bezüglich einiger Forderungen für militärische Zwecke erklärte der Finanzminister, er werde auf diese Forderungen verzichten, falls sie Widerstand finden würden.

Schweden.

Vermehrung der Militäraufgaben. Auch das von keinem „bösen“ Nachbar bedrohte Schweden betreibt die Vermehrung seines Militärs, sodaß man wohl annehmen kann, daß die Nachahrer gewisse andere Gründe für diese eifrige Pflege des Militarismus haben müssen. Das Budget Schwedens weist bei einer Gesamthöhe von 120 Millionen für das Landheer 31 530 000 Kr. und für die Flotte 13 823 000 Kr. auf; also über $\frac{1}{3}$ aller Ausgaben des Staates werden für das Militär verwendet. Für Kirchen und Schulen zusammen wendet man dagegen nur 15 600 000 Kr. auf und für die Arbeiterversicherung 1 400 000 Kr.!

England.

Die schwachvolle Komödie, welche die von dem englischen Parlament niedergesetzte Kommission zur Untersuchung des Jameson'schen Raubzugs nach Transvaal aufführt, hat ihren Zweck vollständig verfehlt. Auch wenn schlaue geriebene Vurschen wie der Apostat Chamberlain, Kolonialminister seines Reichens, und der gewissenlose Spekulant Rhodes, der, um sich und seine Mitschuldigen zu beruhigen, mit Menschenleben spielt wie mit Rechenpfennigen — auch wenn solche mit allen Hunden gelegte politischen Roßtäuscher und Spieler ihre ganze Geschicklichkeit aufbieten, um der Wahrheit den Weg zu versperren oder sie nur verfälscht einzulassen, so ist das doch vergebliches Bemühen, weil die Wahrheit mit solcher Sonnengewalt ihre Strahlen hinaus-schießt, daß sie alles überfluthet und überall hindringt. Werden die Fenster geschlossen, dann dringen sie durch die Läden und Schlüssellöcher. Herr Chamberlain dachte es sehr klug zu machen, indem er sich thätfächlich zum Präsidenten der Kommission machte. Wohl gelang es ihm für einen Moment die Anklage und die Angeklagten zu verschieben, und statt der Rhodes'schen Räuber-Gesellschaft die Bureau des Transvaal auf die Anklagebank zu setzen, allein die Wahrheit bohrte sich durch — schwerer und schwerer wurde Rhodes belastet, mehr und mehr wurde der verlogene „Napoleon von Südafrika“ seines Glorienscheines entkleidet, und schließlich wurde Herr Chamberlain selbst mit unwiderstehlicher Kraft auf die Anklagebank geschleift. Rhodes hat den Talmithelb Jameson auf die Räuberexpedition geschickt — aber er hat es nicht allein gethan, nicht auf seine eigene Verantwortung. „Er hatte sich mit den kaiserlichen — oder richtiger Reichsbehörden“ (imperial authorities) verständigigt.“ Die Frage war aus dem Saal.

Wer waren „die kaiserlichen Behörden“? Einer wird:

Prozess v. Tausch v. Lüchow.

Berlin, 25. Mai 1897.
(Fortsetzung.)

Es wird eine Karte verlesen, die an den Chefredakteur des „Berl. Tagebl.“ gerichtet war, und in der über das Vorleben Lüchows Aufschluss gegeben war. Levysohn hat die Karte durch Gingold-Stark ins Auswärtige Amt geschickt. Vors.: Herr von Tausch, Sie haben ein Photogramm von dieser Karte anfertigen lassen. Woher hatten Sie die Karte? Angekl. v. Tausch: Ich hatte schon früher gehört, daß Herr Levysohn mich beim Auswärtigen Amt anständigte und es war mir gesagt worden, ich sollte mich vor Levysohn hüten, jedes Wort, was ich sage, komme sofort ins Auswärtige Amt. Da kam Gingold-Stark zu mir und sagte mir, er habe eine Karte über Lüchow zu Herrn von Marschall bringen müssen. Ich fragte ihn, ob ich die Karte nicht lesen könnte und Gingold-Stark brachte sie mir, als er sie vom Auswärtigen Amt zurück erhalten hatte. Ich habe die Photogramme anfertigen lassen. Oberstaatsanwalt: Wer hat Ihnen gesagt, daß Levysohn Sie beim Auswärtigen Amt anständigte? v. Tausch: Das sage ich nicht. N. A. Dr. Lubsczynski: Haben Sie den Schreiber der Karte ermittelt? Tausch: Jawohl, es ist Herr von Uruh. N. A. Lubsczynski: Derselbe Herr v. Uruh, der hier als Belastungszeuge gegen v. Lüchow auftritt? Rechtsanwalt Lubsczynski: Der Angeklagte von Tausch hat gestern erklärt, daß eine hohe politische Stelle hinter dem Normann-Schumann und seinen Artikeln stecke. Er sagt nun weiter, daß die anonymen Briefe, die er an Normann-Schumann geschrieben hat, um ihn zum Verlassen Deutschlands zu bewegen, im Interesse einer verstorbenen Persönlichkeit und eines Lebenden geschrieben seien. Waren nun die hohe politische Stelle und diese lebende Person identisch? Angekl. v. Tausch: Ich habe nicht gesagt, daß die Artikel der „Saale-Zeitung“ von einer hohen politischen Stelle veranlaßt seien, ich sagte nur, Normann-Schumann hätte ausgezeichnete Verbindungen gehabt. Er theilte uns ja oft Neues mit. Die Angelegenheit, die mich veranlaßte, anonym Briefe an Schumann zu richten, war durchaus privater Natur. Ich habe mein Ehrenwort gegeben, hierüber nichts öffentlich zu sagen und ich halte es, selbst wenn es gegen mein Interesse ist. Vorsitzender: Die Konsequenzen müssen Sie freilich selbst tragen. Auf weiteres Befragen erklärt Tausch, daß die Persönlichkeit, die er nicht nenne, Erpressungsversuchen von Seiten Normann-Schumanns ausgelegt gewesen sei. Oberstaatsanwalt: Das sind doch nur ganz unkontrollierbare Angaben. — Pause.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird das bekannte Telegramm der „Münch. Neuest. Nachr.“ über die Ministerial Sitzung einer Erörterung unterzogen. Das Kriegsministerium hatte das größte Interesse daran, den Darsteller der Depesche zu ermitteln und beauftragte

mit der Ermittlung Herrn v. Tausch. Vors.: Erzählen Sie einmal, Angekl. Tausch: Ich wurde zum Oberstleutnant Gaede bestellt, der mir sagte, Erzellenz Bronsart habe das größte Interesse daran, den Verfasser der Depesche zu ermitteln. Die Nachricht müsse aus der nächsten Umgebung eines Ministers stammen. Ich sagte gleich, die Sache ist sehr schwierig. Ich werde aber mein Möglichstes thun. Ich beauftragte mit den Nachherigen Herrn v. Lüchow. Lüchow berichtete, der Verdacht weise auf Herrn von Köller. Ich meldete es dem Polizeipräsidenten und sagte ihm, die Sache sei doch sehr unangenehm, Herr v. Köller sei doch unser Minister. Auch Herr Gaede theilte ich den Verdacht mit und wies ihn gleichzeitig auf die mögliche Lage der Polizei hin. Ich sagte, es müsse so gemacht werden, daß die Polizei außer Spiel bleibe. Herr Oberstleutnant Gaede machte nun den Vorschlag, dem Kriegsminister eine anonyme Karte mit dem wichtigen Vers: „Willst Du wissen, wer gegen Dich pöpselt, so frage Humann, Eckardt und Kukulutsch.“ Die Karte führte zu einer Untersuchung, die das Bureau des Ministers völlig entlastete. Ich hatte Lüchow den Inhalt der Karte in die Feder diktiert. Als dann die Untersuchung beendet war, jagte Gaede: Wir sind also von Lüchow dupirt worden. Ich sagte ja wohl, und er hat sich von mir noch 50 Mk. für den Kukulutsch geben lassen. Jetzt glaube ich, er hat mit Kukulutsch gar nicht gesprochen, ich werde ihm eine Quittung von Kukulutsch abverlangen. Kann er sie nicht beibringen, so hat er gelogen. Lüchow brachte nach einigen Ausschüßten die Quittung und ich brachte sie Herrn Gaede. Ich äußerte gleich den Verdacht, daß sie gefälscht war. Herr Gaede stimmte mir bei, er sagte aber „Schwamm drüber, auf die 50 Mk. kommt es mir nicht an.“ Angekl. Lüchow: Tausch hat mir schon von dem Verdachte gegen Herrn v. Köller gesagt, als er mir den ersten Auftrag in dieser Sache gab. Vors.: Es ist nur merkwürdig, daß sich in Ihrem Bericht nichts findet, was darauf schließen läßt, daß Tausch Ihnen den Verdacht gegen Köller mitgeteilt hat. Sie theilen vielmehr diesen Verdacht erst als ganz neu mit. Angekl. Lüchow weiß dafür keine Erklärung zu geben. Vors.: Es liegt nun ein Brief von Ihnen an Tausch vor, in welchem Sie schreiben, Kukulutsch will die Sache gegen ein Entgelt von 50 Mk. weiter verfolgen, und Tausch hat Ihnen das Geld geschickt. Angekl. Lüchow: Der Brief ist zwischen mir und Tausch vereinbart worden und Tausch wußte, daß ich die 50 Mk. erhalten sollte. Vors.: Das wäre ganz überflüssig und närrisch von Tausch gewesen. Tausch hatte den Auftrag vom Kriegsministerium und das Geld dazu erhalten. Was brauchen Sie also diesen Brief? Die Anklage faßt die Sache anders auf. Sie behauptet, Sie hätten sich durch die Vorspiegelungen in diesem Briefe einen unberechtigten Vermögensvorteil verschaffen wollen. Angekl.: Die Quittung war auch bestellt. Die ganze Sache war ein Polizeimanöver. Vors.: Angekl., ich muß Ihnen noch einmal wiederholen, was ich gestern schon sagte. Niemand wird in diesem Saale sein, auf den Ihre jetzige Aussage nicht den Eindruck der wissentlichen Lüge macht.

Sie wußten jedenfalls, daß im Kriegsministerium der Verdacht gegen Herrn von Köller entstanden war. Sie haben den Verdacht genährt, um sich die 50 Mark zu verschaffen. Wenn Sie noch etwas Ehrgefühl haben, so sagen Sie jetzt die Wahrheit. Angeklagter Lüchow: Es könnte gewiß so sein, wie der Herr Präsident meint, aber es ist nicht so. Ich habe die fünfzig Mark bekommen für meine, wenn auch erfolglosen Bemühungen. Ich wiederhole, daß Alles bestellte Arbeit gewesen ist. Tausch hat an jenem Abend drei Aufträge gegeben: 1) Den Vers zu schreiben; 2) den Brief an ihn und 3) die Quittung. Schreiben Sie Kukulutsch darunter, das war sein letztes Wort. Vors.: Tausch: wird doch nicht so wahnsinnig sein, eine Quittung mit dem Namen Kukulutsch fälschen zu lassen, wo er weiß, daß Kukulutsch mit der ganzen Sache nichts zu thun hat und eine Untersuchung jeden Tag diesen Sachverhalt ans Licht bringen kann. Ich bedaure, daß ich noch einen Apell an Ihr Ehrgefühl gerichtet habe. Sie verbessern nicht einmal Ihre eigene Lage. Sie sind nur wegen eines verhältnismäßig geringfügigen Vergehens angeklagt, aber selbst wenn der Betrug wegfällt, so bleiben Sie doch ein Urkundenfälscher. Sie haben die Möglichkeit, daß Sie den Namen Kukulutsch geschrieben haben, zugegeben. Angekl. von Lüchow: Ich habe die Quittung nur im Auftrage von Tausch geschrieben. Tausch trieb mit mir ein Doppelspiel. Wir gab er die 50 Mk. für meine Bemühungen gegen den Belag mit der Unterschrift Kukulutsch, im Kriegsministerium zeigte er die Quittung und sagte dort, er sei von mir dupirt worden.

Der Vorsitzende glaubt dem Angeklagten Lüchow nicht. Lüchow bleibt immer neue weitgeschweifige Reden, wonach ihn Tausch perfide mißbraucht haben soll und es kommt zwischen dem Vorsitzenden und dem Angeklagten Lüchow zu erregten Auseinandersetzungen. Lüchow meint schließlich, ich konnte mir doch nicht denken, daß ein Beamter wie Herr von Tausch und ein zweiter Beamter, Herr Gaede, mich verführen könnten, einen dritten Beamten, Herrn Kukulutsch, zu bestechen. Ich habe allerdings hundert Schiebungen für Herrn Tausch ausführen müssen. Die 50 Mk. habe ich rechtmäßig für meine Bemühungen erhalten. N. A. Lubsczynski: Was es dem Herrn Tausch nicht bewußt, daß er mit seinem Anfinnen den Kukulutsch zum Verrath seines Vorgesetzten zu verleiten, den Kukulutsch aus Amt und Brot bringen würde? Angekl. Tausch: Gewiß hätte Kukulutsch sein Amt riskirt, aber das ist doch seine Sache. Ich habe ja Kukulutsch nicht verleitet, ich glaubte, er wäre schon mit Lüchow einig. Rechtsanwalt Lubsczynski: Glauben Sie, daß Kukulutsch eine Quittung aus der Hand geben würde, durch die er sich selbst des Verraths seines Vorgesetzten bezichtigen und sich selbst an's Messer geliefert haben würde? N. A. Schwindt: Die Fassung des Wortlautes der Quittung ist so allgemein gehalten, daß Kukulutsch gar nicht denken mußte, er sei durch die Quittung an's Messer geliefert. Vors.: Wie kam es aber, Angeklagter v. Tausch, daß Sie, obwohl Ihnen die Quittung verdächtig vorkam, nicht zu Kukulutsch hingegangen sind und ihn gefragt haben?

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(76. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Und Frank schnitt hierauf eine seiner undefinierbaren Grimassen und grüßte etwas, das ebenso undeutbar war, in seinen großen Bart. Stefan fand sich dadurch belustigt, Frank hatte in seinen Augen den Nimbus des Mystikerischen, den er ihm anfänglich selbst aufgeheftet, völlig eingebüßt.

Schnell waren ihm die ersten zwei Monate in rastloser Thätigkeit vergangen; da änderte sich etwas die Situation. Die Studierenden waren endlich vollständig eingerückt, und in dem Laboratorium, in dem der Professor bisher allein mit Frank oder mit einem oder zwei Assistenten gearbeitet hatte, wurde es nun lebendig. Es wurden die verschiedensten Versuche gemacht, doziert und experimentirt. Strafe Gerüche und Dämpfe drangen in Stefans Stube und zugleich ein wirres Durcheinander von Stimmen und Tönen; all der Lärm, der überall entsteht, wo viele Menschen in Thätigkeit beisammen sind. Mit der Ruhe und Sammlung war es dahin. Wie häufig das Gequie und das Schmerzensgeschrei der gemarterten Thiere, mit denen Professor Schwarz soeben einen seiner Versuche anstellte, das seine Nerven aufregte. Sonderbar: er hatte bei Wüßt ähnliche Versuche gemacht, damals war er selbst thätig und dabei ruhig geblieben, all' seine Gedanken, all' seine Sinne waren durch die Arbeit und die sich daraus ergebenden Resultate in Anspruch genommen, jetzt war, außer dem Gehör, jede andere Wahrnehmung ausgeschlossen, und dies wirkte erregend auf seine Phantasie. Es dächte ihm, als hätte er niemals ein Thier so entsetzlich schreien gehört, niemals solche Laute vernommen, die die Qual der in ihren zartesten Nerven Betroffenen so furchtbar deutlich ausdrückten. Es hieß auch, Professor Schwarz sei in der Vivisektion grausam; fast niemals wendete er Chloroform an, um seine Opfer zu betäuben. „Um Schmerzen lindern zu können,“ sagte er, „müsse man den Schmerz studiren

in all' seinen Aeußerungen, das Leben selbst in all' seinen verwickelten Erscheinungen zergliedern.“ Und er zergliederte und zerschnitt und alle seine Sinne spähten mit dämonischer Gier nach diesen zuckenden Geschöpfen, die ihm die Geheimnisse ihres Organismus enthüllen sollten.

Dann ward es wieder mit einemmale ruhig im Laboratorium, und Stefan vernahm die umschleierte Stimme des Professors, die in ihren scharfen Akzenten wohlvernehmlich bis in sein Zimmer drang: er hielt einen Vortrag. Niemals ließ Stefan einen solchen außer acht; er trat hinaus unter die Hörenden. Wie andächtig lauschten sie alle, wie hingen sie an seinem Munde, um keines seiner Worte zu verlieren, und wie fesselt war er selbst in solchen Augenblicken. Die sonst leicht gebückte Gestalt war hoch erhoben, jeder seiner Muskeln schien gespannt und seine Augen sprühten. Der ganze Mensch war von seinem Gegenstand ergriffen, und gleich einer Offenbarung schien, was diesen heißen Lippen entströmte; und doch waren es keine pathetischen Worte, keine begeisterten Tiraden. Kurz, klar, nüchtern war, was er sprach, von unerbitterlicher Logik, und er gab sogleich die materiellen Beweise; er zeigte und verglich, er experimentirte. So kam es, daß Stefan viele Stunden des Tages in seinen Studien unterbrochen ward; freilich in einer Weise, die ihm für seine spätere Laufbahn nur von Nutzen sein konnte, und er beklagte sich wahrlich nicht darüber; aber er war gezwungen, nun auch viele Stunden der Nacht zu Hilfe zu nehmen, um all' die Arbeiten, die er sich vorgenommen hatte, leisten zu können. Anfänglich fiel es ihm schwer, aber er gewöhnte sich an das nächtliche Studiren, ja, er fand, daß er mit Erfolg wohl nur des Nachts arbeiten könne, und er brachte es bald so weit, daß er mit vier bis fünf Stunden Schlaf sich genügen ließ.

Der Winter kam und verstrich für Stefan in völliger Gleichförmigkeit. Er war in dieser Zeit zufrieden mit sich und durfte es sein. Ein Gefühl von Jugendkraft und Lebensfreudigkeit kehrte ihm wieder zurück. Wohl hatte sein Körper nicht die ehemalige Strammheit wieder erreicht und seine Wangen blieben bleich, aber das war

seiner sitzenden Lebensweise zuzuschreiben und vor Allem dem Mangel an frischer Luft, was den ehemaligen Gebirgsbewohner empfindlich schädigen mußte.

Hier saß er zwischen seinen vier Mauern, hier athmete er in einer von ungelunden Dämpfen geschwängerten Athmosphäre, und wenn er einmal, verlangend nach Luft und Sonne, nach dem Fenster sah, begegnete sein Blick nur den grauen, hohen Feuermanern der anliegenden Häuser, und über diesen einem kleinen, ganz kleinen Stück blauen Himmels.

Nur während der Dämmerstunde machte er einen kurzen Spaziergang; für ihn gab es keinen Sonn- und keinen Feiertag, es gab auch keine Berstreuung und keine Erholung, und dennoch war er glücklich, ach, so glücklich! Er war voll Hoffnung und Zuversicht und auch ein wenig stolz, weil er fühlte, daß er halten werden, was er versprochen.

Ja, es wird ihm gelingen, er wird die Geliebte sich erringen! Dieser Gedanke ist ihm allgegenwärtig; er befeuert ihn, er giebt ihm unendlichen Muth, unendliche Ausdauer. Er erhält von Valerie jede Woche einen Brief; sie sind heiter und zärtlich, diese Briefe. Er schreibt ihr, so oft er kann; er adressirt immer an Hans, aber eine kleine Chiffre am Couvert zeigt diesem an, daß der Brief nicht an ihn ist. Auch der Mandl hat er geschrieben, aber sie hat ihm nicht geantwortet. Konnte sie seinen Brief nicht zusammenbringen oder wollte sie ihm absichtlich weh thun? Professor Wüßt hatte ihm einmal von Liverpool aus Nachricht zukommen lassen, in dem Augenblick, als die Expedition sich anschickte, ihre große Reise nach Südamerika anzutreten; seitdem hatte er nichts mehr von ihm vernommen.

Das Ende des Februar war gekommen, mit ihm die erste öffentliche Semesterprüfung, welche Stefan zu bestehen hatte. Am Tage der Prüfung war er in großer Aufregung, aber er bestand sie gut, in einigen Gegenständen sogar mit Vorzug. Er kehrte heim mit einem Gefühl des Triumphes. Dieser erste Erfolg machte ihn unsäglich glücklich, er ließ ihn alle Anstrengung und Mühen vergessen. Er vermeinte, das Schwerste nun hinter sich zu

Angell. Tausch: Dann wäre ja die Sache öffentlich geworden, das zu vermeiden, hatten wir ja schon die Verleumdung geschrieben. Vors.: Sie wissen, daß Ihnen diese Unterlassung von der Anklage als Strafthat zur Last gelegt wird. Angell.: Ich habe die Unterlassung der Anzeige begangen, nicht um den Lügow der Strafe zu entziehen, sondern ich sagte mir, das Staatswohl erheischt es, daß die ganze Untersuchung des einen Ministers gegen das andere öffentlich wird. Außerdem sagte ich mir, warum legen die anderen Behörden keinen Werth auf die Fälschung. Wo Alles schwie, brauchte ich doch nicht zu sprechen. Oberstaatsanwalt Drecher: Dagegen möchte ich doch einwenden, daß ja außer den beiden Angeklagten Niemand etwas von der gefälschten Quittung wußte. Das mache ich ja grade dem Tausch zum Vorwurf, daß er nicht seines Amtes gewaltet hat. Angell. v. Tausch: Ich habe ja dem Herrn Gaede gesagt, daß ich die Quittung für gefälscht halte. Herr Gaede sagte aber: „Schwamm drüber, das ist Ihre Sache. Uns kommt es auf die 50 Mk. nicht an.“ Ich bestreite, den Lügow der Strafe entziehen zu wollen. Ich bin überzeugt, wenn ich damals Excellenz Bronsart gefragt hätte, ob ich die Sache verfolgen soll, er hätte gesagt: Um Gotteswillen, nein. Das Staatswohl war für mich ausschlaggebend. N. A. Holz: Hat der Angeklagte Lügow öfter Extrahonorare bekommen? Tausch: Er bekam Weihnachtsgatifikationen. N. A.: Er soll Extrahonorare in Höhe von 2000 Mark erhalten haben. Tausch: Von der Polizei nicht, ich war auch beim Generalstab. Aber ich will darauf keine weitere Antwort geben. N. A. Holz: Sind auf dem Polizeipräsidium nicht noch mehr Quittungen mit solchem Namen vorhanden? Angell. v. Lügow: Auf der Polizei liegen haufenweise gefälschte Quittungen. Vors.: Da könnte ja auch mein Name benutzt worden sein. Angell. v. Lügow: Ja, grade mit solch falschen Quittungen von bekannten Persönlichkeiten treibt die Polizei ein frevelhaftes Spiel. Vors.: Nun, dann werden Sie aber für die Fälschung am eigenen Leibe gestraft werden, damit der Unfug endlich einmal aufhört. Angell. v. Lügow: Ich würde aber sehr ungerecht behandelt werden, wenn ich bestraft werde. Denn ich handelte nur auf Befehl meines Vorgesetzten. Vors.: Das macht Sie nicht strafflos. Angeklagter v. Tausch giebt zu, daß die Agenten mit falschem Namen unterschrieben, wegen der Geheimhaltung. Vors.: Da konnte ja auch ein Agent meinen Namen führen. Sie wußten es, daß der Agent dahinter steckte. Aber wenn Sie heute sterben und morgen kommt ein anderer Beamter, der glaubt dann, ich stehe mit der Polizei in Verbindung. Angell. Tausch: Es giebt ja mehr Leute eines Namens. Oberstaatsanwalt: Der Angeklagte Tausch sagte, er sei als Polizeibeamter seinem höchsten Chef gegenüber in einer schlimmen Lage gewesen. Ich möchte fragen, hat er sich nicht selbst in diese schlimme Lage begeben? Als er im Kriegsministerium den Auftrag erhielt, hätte er ihn ablehnen sollen, weil er sich gegen den höchsten Chef der Polizei richtete. Angell. v. Tausch: Ich habe dem Präsidenten über den Auftrag berichtet. Oberstaatsanwalt: Herr von Köller war lange in dem Verdacht, gegen Herrn von Bronsart intrigirt zu haben. Ich frage, war es nicht grade Pflicht des Angeklagten, durch die Anzeige seinen Chef von dem Verdacht zu reinigen? Angell. v. Tausch: Dazu war der Kriegsminister weit leichter im Stande, das war nicht die Aufgabe eines Kriminalkommissars. Oberstaatsanwalt: Es spricht für das Schuldbewußtsein des Angeklagten, daß in dem amtlichen Bericht an den Polizeipräsidenten über die Affäre

Kulutsch sich keine einzige Bemerkung über die ganze Quittungsfälschung findet. Der Angeklagte sucht das damit zu erklären, daß solche Einzelheiten, die mit den Agenten zusammenhängen, nie in den Berichten figurirten. Oberstaatsanwalt: Mußte denn der Angeklagte nicht auch in Rücksicht auf die Ehre des Kulutsch, dessen gefälschte Quittung in den Akten lag, eine Strafverfolgung des Lügow einleiten? Angell. Tausch meint, an die Schuld des Kulutsch hat im Kriegsministerium, wo ja die Quittung aufbewahrt wurde, Niemand geglaubt. Oberstaatsanwalt: Hat nicht Tausch von Herrn von Köller selbst einen Auftrag erhalten, den Urheber der Münchener Depesche zu erforschen? Angell. Tausch: Ich erhielt den Auftrag, als die Untersuchung des Kriegsministeriums schon beendet war und Herr von Köller von dem Verdacht gereinigt war. Herr von Köller fragte mich, ob ich den Autor der Depesche nicht ermitteln könnte. Der Polizeipräsident wußte davon. Ich sagte, es werde schwer sein, den Urheber ausfindig zu machen, war aber froh, als ich wieder draußen war. Ich meine, ich konnte doch Herrn v. Köller nicht reinen Wein einschenken. Das wäre Sache des Präsidenten gewesen. Angeklagter von Lügow meint, Tausch hätte eine große Animosität gegen von Köller gehabt, es sei ihm recht gewesen, daß Herr von Köller in den Verdacht gerathen sei, Excellenz von Bronsart habe ihm Schaden wollen und das sei ihm auch gelungen. Tausch habe ihm gesagt: Lieber heute als morgen fort mit Köller. N. A. Holz: Ist es überhaupt vorgekommen, daß Lügow an ihn Briefe schreiben mußte, die bestellte Arbeit waren? Angell. Tausch: Nein, das ist Alles unwahr, auch was Lügow über die vielen Schiebungen und anonymen Briefe sagt. N. A. Holz: Tausch hat das früher schon einmal zugegeben. Ist wegen der Kulutsch-Affäre einmal eine Disziplinaruntersuchung gegen Tausch eingeleitet worden? Angeklagter Tausch: Nein. N. A. Dr. Lubschynski: So sehr ich die konziliante Form anerkenne, in welcher Sie, Herr Präsident, die Verhandlung leiten, so sehr muß ich doch Verwahrung einlegen dagegen, daß Sie schon jetzt vor Beginn der Beweisaufnahme den Angeklagten v. Lügow für überführt hinstellen. Ich weiß wohl, daß Ihnen der Ausdruck nur in der Erregung beiläufig entglüht ist, immerhin muß er einen Eindruck auf die Geschworenen gemacht haben. Vors.: Ich gebe den Geschworenen zu bedenken, daß Ihnen auch meine Ansicht nicht maßgebend sein darf. Ich will zugeben, daß mir die Worte in der Erregung entglüht sind und daß sie geeignet waren, die Geschworenen, wenn auch unabsichtlich, zu beeinflussen. Ich bitte die Geschworenen, sich nur an das zu halten, was hier in der Verhandlung vorgekommen ist. Die Verhandlung wendet sich wieder der Unterlassung der Anzeige zu. Angell. Tausch: Wenn Sie die ganze Atmosphäre in Betracht ziehen, so wird man es verstehen. So ein Agent ist immer auf seinen Vortheil bedacht. Wenn man deswegen jeden Agenten anzeigen wollte, hätte man bald keine Agenten mehr. Wir müssen unsere Zwecke erreichen manchmal mit unerlaubten Mitteln. Herr Präsident, grade die guten Agenten sind die unsaubersten. (Bewegung.) Vors.: Wenn aber der Beamte sich selbst an solchen strafbaren Handlungen theilhaftig. Macht da die Dienspflicht Halt? Angell.: Ich würde es nicht thun. Aber anderswo denkt man anders, wie z. B. die Schaffnerprozesse bewiesen haben.

Oberstaatsanwalt: Wenn aber die Ehre und das Eigenthum dritter Personen in Frage kommen, muß dann nicht der Beamte reden? Hätten Sie, Angell. Tausch, nicht vor Gericht die Unwahrheiten des Lügow über Kulutsch aufklären müssen? Angeklagter: Ich glaubte wieder gegen „höhere“ Interessen zu verstoßen. Angeklagter Lügow bestreitet nochmals, daß er einen Betrug verübt habe. Tausch sei dieser Ueberzeugung auch nicht gewesen, denn er hätte ihn sonst in der Hand gehabt, wie er Normann-Schumann in der Hand wegen des Erpressungsversuches gehabt hat, der ja auch deswegen ausgerückt ist, wie er den Singold-Stärd, der ja nach Weirut ist, in der Hand gehabt. Lügow schildert noch bemühlich, wie er in der Verhandlung gegen Ledert von einem Tag zum anderen erwartet habe, Tausch werde die Affäre Kulutsch aufklären, und daß er ihn erst preisgegeben habe, als das ganze Gebäude über ihm zusammengestürzt war. — Dann verträgt der Vorsitzende die weitere Verhandlung auf Mittwoch 9 Uhr. (Fortsetzung folgt.)

Soziales und Partei-Leben.

Achtung, Former! In Dresden sind bis heute noch sämmtliche 14 Mann wegen Feierns des 1. Mai von der Arbeit ausgeperrt, und ist noch gar nicht abzusehen, bis wann der Kampf zum Austrag gebracht sein wird. — Seit dem 19. Mai sind 45 Mann (Former und Hilfsarbeiter) von der Firma Opterbeck u. Bigler in Barmen in den Streik getreten. Auch hier kann der Kampf ein hartnäckiger und andauernder werden. Zu unterliegen sind insgesammt 59 Mann, davon sind 28 verheirathet, welche 83 Kinder zu ernähren haben. Der Centralverein deutscher Former hält an den Pfingsttagen in Hannover seine zweite Generalversammlung ab.

Aus Nah und Fern.

Der Roman eines 73jährigen Greises. Der jetzt in Wöhlingen bei Tuttlingen lebende 73 Jahre alte Tagelöhner Simon Haas von Altdorf-Engen wanderte im Jahre 1849 nach Ungarn aus und verheirathete sich dort mit der 25 Jahre alten Bergmannstochter Katharina Inzglow am 8. Oktober 1854; die Trauung fand in der Leopoldkirche in Pest rechtsgültig statt. Die Ehe scheint keine glückliche gewesen zu sein, denn die Frau lief schon am zweiten Tage nach der Hochzeit davon; Haas fand sie, wie er angiebt, nach langem Suchen wieder. Nach dreijährigem, wenig glücklichem Zusammenleben begab sich Haas ohne seine Frau nach Wien, gerieth da in Noth und wurde in seine Heimath abgeschoben. Von seiner Frau und seinem der Ehe entsprossenen Kinde will er trotz eifriger Nachforschung nichts mehr erfahren haben. Er gab sich in seiner Heimath als ledig aus und heirathete am 25. Januar 1866 in Wöhlingen die damals 45jährige Wittwe M. Mater von Neuhausen, wie er angiebt, aus Dankbarkeit, weil sie ihn nach einem Unglück, das ihm beim Bahnbau zugefallen, treu gepflegt hatte. Diese zweite Ehe dauerte 27 Jahre und wurde durch den Tod der Frau aufgelöst. Inzwischen war die längst verschollen geglaubte erste Frau in Noth gerathen, die ungarischen Behörden forschten wegen deren Uebernahme durch die badischen Armenbehörden dem Aufenthalt des Ehemannes Haas nach. So ergab sich der Sachverhalt anderthalb Jahre nach dem Tode der zweiten Frau. Haas hatte sich daher am 18. d. M. vor der Strafkammer in Ronstanz wegen Doppelsehe zu verantworten und erhielt sechs Monate Gefängniß.

haben, er glaubte sich in seinem jugendlichen Uebermuth schon fast am Ziele. Auf seinem Zimmer angekommen, fand Stefan einen Brief von Wüß vor. Er stieß einen Freudenschrei aus. „Enlich! Ach, das ist heute ein Glückstag!“ Er öffnete rasch. Der Brief war aus Para in Südamerika und datirt vom 15. Januar. Er schrieb sehr heiter, er schien fröhlich und wohlgenuth. Die Seereise hatte er in verhältnißmäßig befriedigender Weise zurückgelegt, in Rio de Janeiro habe er sich außerordentlich wohl befunden und mit ihm all die Genossen, und obwohl ihr Aufenthalt dort leider nur von kurzer Dauer sein konnte, habe die Expedition doch astronomische Messungen und geologische Untersuchungen vorgenommen, welche von Bedeutung waren. Er selbst habe sich meistens in den Lagunen, welche die Küste säumen, herumgetrieben und einigen sehr interessante Thatsachen in Bezug auf marine und Süßwasserthiere beobachten können. Hier in Para hätte sie jedoch noch gar Nichts gethan, und lägen nun schon mehr als vier Wochen auf der faulen Haut, das mache die große, die enorme Hitze; aber sobald nur erst der Monat Januar, hier der heißeste Monat des Jahres, vorüber sei, würden sie an die Weiterreise nach Manaos denken. Im April aber gedächten sie in Ranois die Fahrt auf dem Madairaströme anzutreten, um dessen bisher kaum gekannte Ufer zu durchforschen. „Wenn wir unter diesen Indianerburtschen nur einige finden werden, die die Güte haben, uns als Führer und Ruderer zu dienen;“ so schrieb er weiter, „aber diese Kerls leben in einer so entsetzlichen Unabhängigkeit und sind deshalb naturgemäß so faul, daß sie uns noch eher etwas darauszahlen würden, wenn wir sie nur in Ruhe ließen.“ Er richtete hierauf an Stefan die zärtlichsten Fragen, und erbat sich einen Brief desselben nach Manaos, damit er doch, sobald er im Herbst dahin zurückkehre, zugleich etwas Liebes höre und Nachrichten über alles ihn Be-

treffende erhalte. Stefan sollte ihm auch melden, ob sein Werk zur festgesetzten Zeit erschienen und welche Aufnahme es gefunden habe. Stefan ließ den Brief wiederholt, der ihm den Theuren so getreulich vergegenwärtigte; er war freudig bewegt und doch überkam ihn zugleich ein Gefühl der Bangigkeit. Jetzt, in dieser Zeit war es, wo Wüß sich für die Reise in das Innere eines ungelannten, durchaus unkultivirten Landes rüstete. Welchen Gefahren, welchen Strapazen und Mühseligkeiten ging er entgegen? Wird er ihnen Trost bieten können? Wird er in seinem Feuerreifer bei seinen Beobachtungen sich nicht zu Unflugheiten verleiten lassen? Wie lange wird es nur dauern, bis er wieder Nachricht von ihm haben wird! Jetzt erst kam ihm das Herbe einer so langen Trennung recht zum Bewußtsein, und er litt schon jetzt, wo er um ihn zu zittern begann, von der voraussichtlich langen Dauer derselben. Wüß's Wünsche und Aufträge wollte er so schnell als möglich besorgen. Es waren seit seiner Abreise mehr als fünf Monate verstrichen. Das wissenschaftliche Werk mußte also demnächst erscheinen. Er wollte heute noch zu dem Verleger gehen und sich darnach erkundigen. Er brauchte ja auch das Geld, das er vertragsmäßig sofort nach dem Erscheinen desselben zu begeben ermächtigt war. Seine Mittel waren bis auf einen kleinen Rest zusammengesmolzen und er mußte nun die Pension für das zweite Halbjahr erlegen. Ja, er wollte zum Verleger, und dann hinaus in's Freie. War es doch heute ein Festtag für ihn, und er wollte ihn auch feiern; draußen in Wald und Feld, zugleich des neuermachenden Frühlings und seines Glückes sich freuen. Vorher drängte es ihn aber noch, das glückliche Resultat seines ersten Examens allen denen bekannt zu geben, von denen er dachte, daß sie daran Antheil nähmen. Er schrieb einige Zeilen an Valerie, an Randal, an Hans und auch an seinen Vater. Dann setzte er etwas unternehmend

den Hut auf die blonden Locken und ging zur Thür hinaus. Im Laboratorium traf er mit dem Professor zusammen. Dieser kam auf ihn zu und drückte ihm die Hand. „Ich gratulire Ihnen,“ sagte er freundlich. „Sie mögen wohl selbst sehr befriedigt sein, daß es Ihnen so wohl gelungen ist.“ „Herr Professor, ich bin überglücklich!“ „Und Sie wollen dieser Stimmung ein besonderes Relief verleihen?“ Ja, ich will sie noch erhöhen, ich will den heiteren Abend im Freien genießen, herumlaufen, bis ich müde bin und dabei allerlei fröhlichen Gedanken freien Spielraum geben. Ich bin ja doppelt glücklich heute, ich habe auch gute Nachrichten von dem Professor Wüß erhalten.“ Stefan zeigte den Brief und übergab ihn Schwarz, als dieser mit einiger Neugier fragte, ob er ihn lesen dürfe. Nachdem dieser ihn hastig überflogen, gab er ihm mit ernster Miene zurück. „Ich sehe, Professor Wüß rechnet darauf, das sein Werk noch während seiner Abwesenheit im Buchhandel erscheinen.“ Gewiß, es muß in den nächsten Wochen erscheinen, auch ich rechne darauf. Ich bin auf die Summe angewiesen, welche der Herr Verleger nach dem Erscheinen desselben an mich zu bezahlen hat, um meinen Verpflichtungen gegen Sie nachzukommen.“ Schwarz zuckte die Achseln. „Ich fürchte sehr, daß Sie sich diesmal in Ihren Annahmen verrechnet haben. Ich habe davon gehört, daß von dem sofortigen Erscheinen des Werkes abgesehen würde und daß dasselbe hinausgeschoben werden soll. Ich dachte, Wüß wäre bereits davon verständigt.“ (Fortsetzung folgt.)